Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 112 (2018)
Heft: 5

Artikel: Anerkennung als Weg aus der Sackgasse
Autor: Kälin, Irène
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-816553

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Anerkennung als Weg aus der Sackgasse

Irène Kälin

Die religiöse Landschaft in der Schweiz wird vielfältiger. Wie soll die Politik damit umgehen? Ein Plädoyer für eine differenzierte politische Debatte über den Islam und für das bewährte Instrument der Anerkennung.

Das Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen religiösen Überzeugungen ist in der Schweiz geprägt von einer Kultur der friedlichen Koexistenz. Der Staat hat sich früh dafür entschieden, die religiösen Institutionen nicht sich selber zu überlassen. Er pflegt mit ihnen einen aktiven Austausch und hat sie mit der öffentlich-rechtlichen Anerkennung eng an sich gebunden. Seit der Einbindung der KatholikInnen in den reformierten und der ProtestantInnen in den katholischen Kantonen ist viel Zeit vergangen. Einzelne Kantone haben weitere Gemeinschaften – vorwiegend christliche und jüdische – mit dem Sonderstatus der öffentlich-rechtlichen bzw. öffentlichen Körperschaft ausgestattet. Damit haben sie implizit zum Ausdruck gebracht, dass das enge Verhältnis von Staat und Religion in der Schweiz Zukunft hat. In anderen Kantonen haben die Behörden zusammen mit religiösen Gemeinschaften ohne offiziellen Status versucht, Wege und Lösungen für Probleme zu finden, ohne dabei das politisch streitbare Feld der Anerkennung zu tangieren. Auch so wurde religiösen Minderheiten, allen voran muslimischen, zu Rechten verholfen.

Die Religionspolitik in der Schweiz scheint rund zu laufen. Das tut sie aber nur bedingt. Denn sowohl auf kantonaler als insbesondere auch auf nationaler Ebene wurde über Jahre wenig einbindende Religionspolitik betrieben. Die ausgrenzenden religionspolitischen Kampagnen, die sich vor allem gegen MuslimInnen richten, haben eine neue Art der schweizerischen Religionspolitik eingeführt, die sich bereits gesetzlich niederschlägt. Gleichzeitig fehlt bislang eine religionspolitische Antwort auf die religiöse Pluralisierung der Schweiz. Gerade am Beispiel der muslimischen Gemeinschaften, die sich fast überall eine Gleichstellung mit anderen religiösen Traditionen wünschen würden, stellt sich die Frage: Wie will der Staat mit zugezogenen religiösen Gemeinschaften umgehen? Antworten sind umso dringlicher, als die religiöse Pluralisierung mit einer fortschreitenden Entkonfessionalisierung Hand in Hand geht. Grundsätzliche Fragen des Platzes der Religion in der Gesellschaft mischen sich mit Fragen einzelner religiöser Gemeinschaften. Vielleicht ist es vermessen, die These zu vertreten, dass sich am schweizerischen Umgang mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften zeigen wird, ob das Modell der öffentlich-rechtlichen Anerkennung Zukunft hat oder überholt ist. Die föderale Struktur der Schweiz macht zwar unterschiedliche Wege in verschiedenen Kantonen gleichzeitig begehbar. Aber der Umgang mit muslimischen Gemeinschaften stellt uns auf allen Ebenen vor eine religionspolitische Herausforderung, die wir dringend angehen müssen. Denn der Unmut wird auf beiden Seiten zunehmen, wenn die muslimischen Gemeinschaften mit ihren Glaubenstraditionen in der Schweiz nicht einen Platz einnehmen können, der sowohl die Minderheit wie auch die Mehrheitsgesellschaft zufrieden stellt und den Schweizer MuslimInnen das ermöglicht, was selbstverständlich sein sollte: dass sie als BürgerInnen dieselben Rechte und Pflichten haben wie alle anderen in diesem Land. Denn unser Rechtsstaat fusst auf dem Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz.

Den Islam gibt es nicht

Doch machen wir einen Schritt zurück und beginnen dort, wo die Debatte um die Anerkennung von muslimischen Gemeinschaften ihre wenig hilfreiche Wendung nimmt. Mit der Frage: Gehört der Islam zur Schweiz? Denn daran erhitzen sich die Gemüter in der Schweiz. Dabei ist diese Frage doppelt falsch. Erstens kann man nicht darüber befinden, ob etwas dazugehört, das längst da ist. Selbstverständlich gehören unsere muslimischen MitbürgerInnen und unsere muslimischen NachbarInnen zur Schweiz. Zweitens gibt es *den* Islam nicht. Religionen sind niemals

ein Singular und entstehen letztlich erst durch die Menschen, welche eine Religion leben. Das Phänomen Islam ist genauso plural und heterogen wie alle religiösen Phänomene und ist als solche Realität zu diskutieren. Eine Simplifizierung und Reduktion auf *den* Islam ist nicht nur gefährlich, sondern entbehrt auch jeder wissenschaftlichen und empirischen Grundlage.

Doch genau mit der Pauschalisierung und Reduktion der islamischen Traditionen auf *einen* – vermeintlich nicht mit dem schweizerischen Rechtsstaat kompatiblen – Islam macht die SVP seit Jahren polemische Politik auf dem Rücken einer Minderheit. Mit Erfolg. Seit auch Alice Schwarzer *den* Islam als Quell des patriarchalen Übels identifiziert hat und sich JournalistInnen wie Frank A. Meyer zu selbsternannten IslamkritikerInnen im Namen der Frauenrechte gemausert haben, verhärten sich die Vorurteile gegen MuslimInnen. Auch die CVP ist unter der Federführung von Gerhard Pfister auf den islamophoben Zug aufgesprungen und hat im Zuge einer ausgrenzenden Wertedebatte befunden, dass *der* Islam nicht zur Schweiz gehöre und will nun selbst das Kopftuch aus den Schulzimmern verbannen.

Nun erhebt zwar der Parteipräsident der SP, Christian Levrat, die Gegenstimme. Mit einer Roadmap für einen Schweizer Islam wirbt er für die Anerkennung *des* Islams. Das ist zunächst sehr erfreulich und gleicht in dieser verirrten Debatte einem Befreiungsschlag. Aber bei genauem Hinsehen bekommen auch diese Aussagen einen fahlen Beigeschmack. Auch hier ist von *dem* Schweizer Islam die Rede. Offenbar hat er etwas mit einer modernen Auslegung des Korans zu tun. Nun, es wäre mir neu, dass der religionsneutrale Staat den Inhalt oder die Auslegung einer Religion vorwegnehmen soll. Wenn ich darüber nachdenke, was ein Schweizer Islam sein soll, dann bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder handelt es sich dabei um den Islamischen Zentralrat Schweiz (IZRS), denn einen schweizerischeren Islam als einen, der federführend von Schweizer KonvertitInnen gepredigt wird, kann ich mir kaum vorstellen. Eine andere Möglichkeit ist, dass mit dem Schweizer Islam das gemeint ist, was hier lebende MuslimInnen praktizieren und leben: Vielfalt. Nur braucht es dann keine Roadmap, denn diese Vielfalt ist bereits Realität.

Anerkennung – ein bewährtes Instrument

Die Debatte über den Islam scheint in der Sackgasse zu stecken. Dabei sollten wir in der Schweiz, von jeher einem Land der Minderheiten, wissen, wie wir unser Zusammenleben fördern können. Mit der öffentlich-rechtlichen Anerkennung haben wir ein Instrument, das sich in der Vergangenheit bewährt hat. Mit der Anerkennung wurde in Folge des Sonderbundkriegs das friedliche Zusammenleben zwischen KatholikInnen und ProtestantInnen gesichert. Mit der Anerkennung wurde später in einigen Kantonen auch der jüdischen Gemeinschaft ein Platz in der Gesellschaft gegeben. Ich sehe keinen Grund, dieses Modell der Kooperation zwischen Staat und Religion nicht auf weitere religiöse Traditionen auszudehnen. Ebenfalls vereinfacht gesprochen, gehört *der* Islam zur Schweiz, und es bleibt zu hoffen, dass er in seiner Vielfalt Anerkennung findet. Man stelle sich vor, der Staat würde die christlichen Denominationen zur Festlegung auf eine einzige Schweizer Version des Christentums verpflichten.

Selbstverständlich liegt es am Staat – und damit letztlich an der Politik –, Regeln zu definieren, die eine Religionsgemeinschaft, so sie anerkannt werden will, erfüllen muss. Das hat aber mit der Auslegung des Korans genauso wenig zu tun wie mit der Lesart der Bibel. Ein freiheitlicher Staat muss aushalten, dass jemand seine Religion so oder anders interpretiert, dass eine Frau aus religiöser Überzeugung ein Kopftuch, eine Perücke oder eine Haube trägt. Transparenz und Rechtsstaatlichkeit stehen nicht zwangsläufig im Widerspruch zu einer orthodoxen Auslegung religiöser Quellen – das gilt für alle religiösen Traditionen gleichermassen. Religionspolitik sollte nicht darin bestehen, Religionen zu bewerten oder inhaltlich zur Debatte zu stellen. Religionspolitik sollte den religiösen Traditionen, welche die Menschen in einem Land leben, einen Platz in der Gesellschaft geben. Dass es dabei wichtig ist, alle religiösen Traditionen denselben Anforderungen zu unterwerfen, sollte genauso selbstverständlich sein, wie dass sie dieselben Rechte erhalten.

So sehr ich die pragmatischen, niederschwelligen Wege, die zwischen religiösen Gemeinschaften und Behörden

gefunden werden – etwa für den Zugang von SeelsorgerInnen zu Spitälern und Gefängnissen und für die Errichtung von Grabfeldern – begrüsse und als sehr schweizerisch beschreiben würde, so ungenügend erscheinen sie mir. Man löst gesellschaftliche Probleme nicht nachhaltig unterhalb des Radars der Politik. Pragmatische Lösungen reichen nicht aus, um dem von rechts bewusst geförderten Auseinanderdriften der Gesellschaft genügend Widerstand entgegenzusetzen. Zu gross ist das Interesse an der populistischen Bewirtschaftung des Problems. Deshalb plädiere ich für eine öffentlich-rechtliche Anerkennung. Nur sie kann zu einer langfristigen Integration der unterschiedlichen religiösen Traditionen führen. Nur eine politisch ausdiskutierte Anerkennung kann die Friedensordnung der Schweiz auch in Zukunft sichern.

Dass dabei die bereits in einigen Kantonen eingeführte kleine oder öffentliche Anerkennung durchaus der Weg in die Zukunft sein könnte, möchte ich nicht ausschliessen. Ihr Vorteil ist, dass sie, auch wenn sie wenig Rechte verleiht, den Symbolgehalt der Zugehörigkeit trotzdem auszudrücken vermag. Denn es geht bei einer vernünftigen Religionspolitik nicht primär um das Recht, Kirchensteuern erheben zu können, sondern um Akzeptanz und Gleichstellung. Die kleine Anerkennung scheint mir auch deshalb einen Zukunftsgedanken wert, da die Säkularisierung wohl weiter voranschreiten wird und sich auch in Bezug auf die bereits anerkannten Landeskirchen die Frage stellt, ob die ihnen verliehenen Privilegien noch zeitgemäss sind. Auch eine kleine Anerkennung ist eine Anerkennung. Wichtig scheint mir, dass die Kooperation zwischen Staat und religiösen Gemeinschaften nicht an ein vorzeitiges Ende kommt. Denn der religiöse Frieden in der Schweiz ist ein kostbares Gut und weit weniger alt und weniger stabil, als wir manchmal glauben – auch und gerade in Zeiten der religiösen Pluralisierung bei gleichzeitiger Entkonfessionalisierung. Deshalb sollte die Anerkennung zuallererst ein Interesse des Staates sein und nicht der religiösen Minderheiten. ●

○ Irène Kälin, *1987, MA Religionskulturen, lebt in Oberflachs AG und ist Nationalrätin der Grünen.
irene.kaelin@parl.ch

Über uns

Neue Wege bleiben beim Wort

Laura Lots
und Matthias Hui

In ihrer 112-jährigen Geschichte haben die *Neuen Wege* ihre Gestalt immer wieder verändert. Die ersten Ausgaben waren geprägt von Jugendstil und Frakturschrift. In den 70er Jahren erschienen die *Neuen Wege* mit gelbem Cover, seit den 80ern in rotem Umschlag. Seit 2001 prägte der Zürcher Typograf François G. Baer das Erscheinungsbild der Monatshefte.

2017 bekamen Valeria Bonin, Diego Bontognali und Mirko Leuenberger vom Grafikbüro *Bonbon* in Zürich den Auftrag, den *Neuen Wegen* eine neue grafische Identität zu geben. Intensiv setzten sie sich mit den Inhalten und der Geschichte auseinander. Für sie wurde klar: Nicht die Farbe der Zeitschrift ist der «rote» Faden, sondern ihr Inhalt. Für die Neugestaltung von Zeitschrift und Website formulierten sie deshalb das Credo: «*Neue Wege* bleiben beim Wort. Das Wort ist das primäre Medium von *Neue Wege*. Schrift, Sprache und Typografie sind das Hauptmerkmal der *Neue Wege*-Identität.» Mit *Suisse Works* als Lauftextschrift und *RH Pluto* als Titelschrift setzen sie funktionale und ästhetische Akzente.

Bilder haben in der Zeitschrift keinen rein illustrativen Charakter. Bildessays mit kurzen Texten sind eigenständige Beiträge zum jeweiligen Heftthema und damit mehr als effektreiches Beiwerk. In einer Gegenwart der Bilderflut setzen die *Neuen Wege* auf Text. Statt auf die Macht der Bilder setzt die Gestaltung auf grossformatige Quotes auf farbigem Hintergrund. Diese Zwischenrufe sind charakteristisch für die neue Gestalt der *Neuen Wege* im Print und auf der Webseite. Dass die Buchstaben in den Quotes und im Hefttitel leicht beschnitten sind, erinnert an Blätter und Texte, die sich überlagern – und betont das Selbstverständnis